

JUSTUS-LIEBIG-



UNIVERSITÄT  
GIESSEN

Fachbereich 03  
Institut für  
Erziehungswissenschaft

## Gießener Beiträge zur Bildungsforschung

Sebastian Dippelhofer

### Politische Orientierungen und hochschulpolitische Partizipation von Studierenden

Empirische Analysen auf Grundlage des Konstanzer  
Studierendensurveys

Heft Nr. 2, September 2012



# Gießener Beiträge zur Bildungsforschung

Sebastian Dippelhofer

## Politische Orientierungen und hochschulpolitische Partizipation von Studierenden

Empirische Analysen auf Grundlage des Konstanzer  
Studierendensurveys

Heft Nr. 2, September 2012

Der Autor trägt die Verantwortung für den Inhalt.

**Impressum:**

Herausgeber:

Prof. Dr. Claudia von Aufschnaiter, Prof. Dr. Thomas Brüsemeister, Dr. Sebastian Dippelhofer, Prof. Dr. Marianne Friese, PD. Dr. Sabine Maschke, Prof. Dr. Ingrid Miethe, Prof. Dr. Vadim Oswald, Prof. Dr. Ludwig Stecher

Geschäftsführender Herausgeber:

Dr. Sebastian Dippelhofer

Institut für Erziehungswissenschaft  
Empirische Bildungsforschung  
Karl-Glöckner-Straße 21B  
35394 Gießen  
E-Mail: Sebastian.Dippelhofer@erziehung.uni-giessen.de

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren.

Auflage: 50

ISSN: 2194-3729 (Internet)

Online verfügbar in der Giessener Elektronischen Bibliothek:

URN: [urn:nbn:de:hebis:26-opus-90080](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hebis:26-opus-90080)

URL: <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2012/9008>



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Bezugsrahmen	8
3	Datengrundlage	10
4	Empirische Befunde	12
4.1	Politisches Interesse	12
4.2	Engagement in der Hochschule	14
4.3	Exkurs: Aufgaben studentischer Vertretungen	17
4.4	Demokratische Orientierungen	21
4.5	Multivariate Verknüpfungen	24
5	Resümee	26
	Anmerkungen	31
	Literatur	33
	Anhang	35



## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Die öffentliche, wie wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema „Studierende und politisches Engagement“ erfährt nach einer Latenzphase wieder eine gewisse Renaissance. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig: So wird im Allgemeinen immer wieder die Bedeutung von politischem Interesse und Engagement der Gesellschaftsmitglieder betont. Begleitet wird dies seit jeher von Stichworten wie „Demokratie lebt vom Mitmachen“ (vgl. Müntefering 2005; Merkel 2012) oder mit Forderungen nach mehr Volksinitiativen und -entscheiden (vgl. dapd 2012; Firlus 2012). Das damit verbundene Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Politik und damit Demokratie näher zu bringen bzw. auf diese Weise ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen, um ein friedliches und ein soziales Zusammenleben zu ermöglichen sowie neue totalitäre Regime zu vermeiden.

In diesem Prozess kommt den Studierenden eine besondere Rolle zu: Als künftige Funktionselite in demokratischen Positionen, sowie als unmittelbares „Reservoir der Machtelite“ (vgl. Dahrendorf 1965) werden sie ein zentraler Teil bei der unmittelbaren Mitgestaltung und -verantwortung der sozialen Welt sein. Vor diesem Hintergrund erscheint es zentral, gerade deren gesellschaftspolitischen Orientierungen sowie demokratischen Überzeugungen und damit verwandten Ansichten zu analysieren. Das basiert zum einen darauf, demokratische Werte und Prinzipien zu sichern und weiterzuentwickeln, zum Anderen eine Aushöhlung der auf dem Denken und Handeln beruhenden demokratischen Strukturen zu verhindern (vgl. Rousseau 1977; Tocqueville 1985; Offe 1996). Über diese Bestandsaufnahme hinaus dürfte es sinnvoll erscheinen, den Blick jenen Orten zu widmen, an denen den jungen Hochqualifizierten die Möglichkeit offeriert wird, theoretisch wie praktisch mit dem entsprechenden Handwerkszeug ausgestattet zu werden. Aufgrund ihrer Ausrichtung und ihres Selbstverständnisses spielt hierbei die Universität als Institution eine herausragende Rolle – das gilt zumal für den in diesem Prozess relevanten Aspekt der Politisierung ihrer Klientel, der sie seit der Etablierung der ersten Universität begleitet und ausfüllt (vgl. Wellie 1996). Mit Blick auf die Ansprüche politischer Sensibilisierung, der Verbreitung humanistischer Motive und Gedanken, ihrer Relevanz als „Schmiede der Elite von Morgen“, sowie die durch das Grundgesetz gedeckte akademische Freiheit, scheinen für die Universität die Bedingungen erfüllt, die Studierenden politisch-demokratisch zu sozialisieren, sowie entsprechende Haltungen und Handlungsbereitschaften auch einzufordern.

Dies aufnehmend widmet sich der vorliegende Bericht Befunden mehrerer bundesweiter Befragungen, die dieses Feld dokumentieren. Nach einer theoretischen Rahmung, in

der auch diese Untersuchungen vorgestellt werden, werden empirische Befunde zu fünf relevanten Bereichen präsentiert: Zum politischen Interesse und zum hochschulischen Engagement der Studierenden – ergänzt wird dies durch einen Exkurs über die Aufgaben, die aus studentischer Sicht eine Teilhabe erfordern bzw. eine solche bestärken können. Hinzu tritt, viertens, ein Blick auf ihre demokratischen Orientierungen und schließlich werden die demokratischen Prinzipien der Befragten analysiert. Ein Resümee rundet die dargelegten Ausführungen ab.

## 2 Bezugsrahmen

Anders als in der Weimarer Republik sollten aus Sicht der westlichen Alliierten die demokratischen Werte nach 1945 gerade in Deutschland theoretisch wie praktisch fester verankert werden (vgl. Phillips 1995; Gerhardt 2005). Dabei galt schon immer Bildung als zentraler Schlüssel – sie zu fördern obliegt der Schule und nicht zuletzt auch der Universität; besonders deren Graduierte nehmen später überproportional häufig Machtpositionen in der Gesellschaft ein (vgl. Hartmann 2004). Zwar ist eine Demokratie nur dann lebensfähig, wenn alle Akteurinnen und Akteure sich deren Prinzipien bewusst und aktiv sind (vgl. Zimmer 1996). Der besondere Blick auf die Studierendenschaft resultiert jedoch daraus, dass sie als künftige Funktionselite das bestehende – in diesem Fall das demokratische – System repräsentiert und trägt. Durch ihre Bildungszeit und den exklusiven Möglichkeiten an der Universität sind die Hochqualifizierten aufgefordert, zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung beizutragen; zudem ist die Universität ein Ort für neue demokratieorientierte Ideen und Entwicklungen, sowie deren Verinnerlichung und gesellschaftlichen Transformierung (vgl. Dippelhofer 2009).

Hinzu tritt im Vergleich zu den anderen hochschulischen Statusgruppen die numerische Überlegenheit der Studierenden. In diesem Rahmen wäre zusätzlich zu vermuten, dass sie zur aktiven Mitgestaltung und -verantwortung ihrer unmittelbaren Umwelt aufgerufen sind bzw. sich auch dazu verpflichtet fühlen. So könnte ein spezifisch hochschulisches Engagement erstens auf der einen Seite zur Entwicklung eines nachhaltigen studentischen Bewusstseins beitragen. Eine damit verbundene Selbstvergewisserung als sozial relevante Gruppe böte die Chance, sich nachhaltig als Gruppe geschlossen und effektiv für die eigenen Belange einzusetzen. Auf der anderen Seite wäre hier die Möglichkeit gegeben, fachliche sowie gesamtuniversitäre Aufgaben wahrzunehmen, Entscheidungen kritischer zu begleiten und Sachverhalte konstruktiv mitzugestalten bzw. selber zu initiieren. Erfolge lassen sich sowohl mit der Etablierung von Studierendenwerken skizzieren, die nach dem ersten Weltkrieg als Hilfseinrichtungen von Studierenden für Stu-

dierende geschaffen wurden (vgl. Jarausch 1984), als auch mit der Entwicklung von Studierendentickets für den öffentlichen Personennahverkehr bzw. dem allgemeinen Eintreten für studentische Belange auf fachlicher, hochschulischer wie gesellschaftlicher Ebene. Bei der Vertretung ihrer Interessen wird ihnen dabei seit jeher ein großes Expertentum bescheinigt (vgl. Adam 1965).

Zweitens kann eine solche Beteiligung und Vertretung der Interessen positiv auf ein gesamtpolitisches Bewusstsein, sowie die demokratischen Kompetenzen der künftigen Funktionselite, wirken. In diesem Rahmen spiegeln sich Impulse, die über die Hochschule hinaus gesellschaftlich wie politisch Einfluss haben. Diese äußern sich u.a. in verstärkter Kritikfähigkeit, aktiver Partizipation und einem nachhaltigen Veränderungs- und Mitgestaltungswillen an sozialen wie politischen Verhältnissen – dies schlug sich nicht nur im Zuge der 1968er Bewegung in Europa nieder, sondern auch im internationalen Rahmen (vgl. Gholamasad 2001; Gilcher-Holtey 2001; Probst 2003). Diese Kompetenzen erscheinen besonders bei jenen umso relevanter, die überproportional häufig in gesellschaftspolitischen Machtpositionen zu finden sind. Die Hochschule – aufgrund ihres Selbstverständnisses und ihrer Intentionen primär die Universität – kann dazu beitragen, den Hochqualifizierten spezifische politisch-demokratische Kompetenzen zu vermitteln, auf denen gesamtgesellschaftlich aufgebaut werden kann. Trotz der politischen bzw. gesetzlichen Einschränkungen eines aktiven studentischen Engagements ist zum einen der persönliche, zum anderen auch der gesellschaftliche Nutzen einer bereits an der Hochschule beginnenden Profilbildung nicht zu unterschätzen.

Besonders auch in diesem Bereich müsste den Sozialwissenschaften daran gelegen sein zu skizzieren, in welchem inhaltlichen wie formalen Rahmen und mit welchen Chancen die künftige Funktionselite an der hochschulischen Mitgestaltung, sowie an der gesellschaftlichen Realität teilhaben kann und inwieweit sie überhaupt partizipieren will. Umgekehrt sollte eine demokratische Gesellschaft eine demokratische Elite einfordern, die die entsprechenden Werte überzeugt und überzeugend vertritt und ihre Entscheidungen auf diesen Kompetenzen basierend trifft. Bietet die Hochschule den Raum für den Erwerb dieser Qualitäten, wäre eine entsprechende Forschung aufgefordert, dies auch weiterhin näher bzw. intensiver zu ergründen.

Es gibt natürlich eine etablierte Studierendenforschung. Diese fokussiert aber eher die Ausbildung von Arbeitskräften und den akademischen Erfolg. Zum hier interessierenden Themenkranz liegen in allen Feldern wenige Erkenntnisse vor. Es scheint so, als sei nach der bahnbrechenden Studie von Jürgen Habermas u.a. zu „Student und Politik“

(1965) sowie nach einigen wenigen Erhebungen, die sich mit den politischen sowie demokratischen Orientierungen beschäftigen – und die bis in die 1990er Jahre immer weniger wurden (vgl. Brämer/Heublein 1990; Bargel 1994; Bargel/Simeaner 2011) – die wissenschaftliche Aufmerksamkeitsrichtung in andere Bereiche gelenkt worden. In noch geringerem Maße liegen Befunde zum hochschulpolitischen Engagement vor. Sofern bisher überhaupt aufgegriffen, wurde dieser Bereich nicht selten als ein Thema von vielen behandelt und nur wenig beleuchtet. Umfassendere Untersuchungen hierzu sind älteren Datums (vgl. Adam 1965), auf eine Hochschule begrenzt (vgl. Deichsel u.a. 1974) oder repräsentative Momentaufnahmen (vgl. Dippelhofer 2004). Zudem erschweren unterschiedliche Instrumente einen Vergleich der Ergebnisse. Die so entstandene Lücke soll im Folgenden mit den Daten der Konstanzer Studierendensurveys gefüllt werden.

### 3 Datengrundlage

Bei den Konstanzer Erhebungen handelt es sich um eine der wenigen Studien im nationalen wie internationalen Kontext, die das Spektrum des politischen Interesses, des hochschulischen Engagements, der Bedeutung von Aufgaben für studentische Vertretungen aus studentischer Sicht und ihre demokratischen Überzeugungen dokumentiert. Die im Folgenden präsentierten Daten entstammen der repräsentativen Langzeitstudie „Studierendensurvey“ (<http://www.uni-konstanz.de/studierendensurvey>). Dieser wird seit 1983 im Auftrag vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) alle zwei bis drei Jahre von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung, die an der Universität Konstanz ansässig ist, an deutschen Hochschulen mit einem standardisierten Fragebogen durchgeführt. Die aktuellste – und damit die 11. – Umfrage wurde 2010 durchgeführt (vgl. Ramm/Multrus/Bargel 2011). Seit 1983 bis heute wurden rund 96.000 Studierende befragt.

Ziel dieser Erhebungen ist es, studentische Orientierungen, Bewertungen der Studiensituation sowie Wünsche und Forderungen für bessere Studienbedingungen zu erfassen. Im Fokus stehen dabei auch berufliche Erwartungen der Hochqualifizierten und ihre Ansichten über politische, soziale sowie individuelle Aspekte. Die querschnittliche Anlage dieser Langzeitstudie erlaubt einen Zeitvergleich, der hier exemplarisch auf vier Messzeitpunkte seit 1993 reduziert wird – seit 1993 wurden zum ersten Mal Studierende aus den neuen Bundesländern befragt. Aufgrund ihrer sozialen Relevanz und des besonderen Bildungsauftrags dieser Institution, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf Studierende an den Universitäten.

Tabelle 1  
Politisch-demokratische Orientierungen und Engagement von Studierenden: Indikatoren und Variablen

Indikatoren	Variablen
Politisches Interesse <sup>a)</sup>	Wie stark interessieren Sie sich für <ul style="list-style-type: none"> <li>- das allgemeinpolitische Geschehen</li> <li>- die studentische Politik an ihrer Hochschule</li> <li>- hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen</li> </ul>
Interesse und Teilnahme an Aktivitäten hochschulischer Gruppen <sup>b)</sup>	Wie interessiert sind Sie gegenwärtig an den Aktivitäten folgender Gruppen an Ihrer Hochschule, und wie intensiv nehmen Sie daran teil? <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachschaften</li> <li>- studentische Selbstverwaltung</li> <li>- offizielle Selbstverwaltungsgremien</li> <li>- informelle Aktionsgruppen</li> <li>- politische Studentenvereinigungen</li> <li>- Studentengemeinde</li> <li>- Studentenverbindungen</li> <li>- Studentensport/Sportgruppen</li> <li>- kulturelle Aktivitäten</li> </ul>
Aufgaben studentischer Vertretungen <sup>c)</sup>	Für welche Aufgaben sollten sich die studentischen Vertretungen in Ihrer Hochschule vordringlich einsetzen? <ul style="list-style-type: none"> <li>- Studienberatung/Studienhilfe</li> <li>- an Prüfungsbedingungen/Lehrinhalten mitarbeiten</li> <li>- interne Hochschulpolitik/Beeinflussung der Geschehnissen in der Hochschule</li> <li>- politische Vertretung nach außen</li> <li>- soziale Fragen (Kontaktförderung, Wohnungssuche etc.)</li> <li>- kulturelle Belange (Theater, Konzerte etc.)</li> <li>- bessere Studienbedingungen</li> <li>- Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule abschaffen</li> <li>- Verbesserung der Qualität der Lehre</li> <li>- Unterstützung ausländischer Studierender</li> </ul>
Demokratische Orientierungen <sup>d)</sup>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.</li> <li>- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.</li> <li>- In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.</li> <li>- Die Opposition soll die Regierung bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht kritisieren.</li> <li>- Jeder Bürger hat das Recht, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.</li> </ul>
Akzeptanz demokratischer Prinzipien <sup>e)</sup>	Gruppiertes Summenscore demokratischer Orientierungen

a) 0 = „gar nicht“ bis 6 = „sehr stark“

b) 1 = nicht interessiert, 2 = interessiert, aber keine Teilnahme, 3 = gelegentliche Teilnahme, 4 = nehme häufig teil, 5 = habe ein Amt/eine Funktion inne, 6 = gibt es nicht

c) 1 = gar nicht, 2 = etwas, 3 = stark, 4 = vordringlich

d) -3 = „lehne völlig ab“ bis +3 = „stimme völlig zu“

e) 1 = vehement demokratisch, 2 = eindeutig demokratisch, 3 = labil demokratisch, 4 = schwach demokratisch, 5 = tendenziell undemokratisch

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Im Rahmen der vorliegenden Ausführungen werden Ergebnisse zu fünf Indikatoren präsentiert (vgl. Tabelle 1): Erstens zum *politischen Interesse* im Allgemeinen, sowie an Hochschul- und Studierendenpolitik im Besonderen. Der zweite Indikator beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Studierenden zu Hochschulgremien und -gruppen – d.h. ihrer *Aufmerksamkeit und Teilhabe* daran. Betrachtet werden fachliche und hochschulpolitische bzw. rein politische als auch nicht politische Gremien und Gruppen. Ein sich hier anschließender Exkurs widmet sich den Aufgabenfeldern, für die aus studentischer Sicht, ein Engagement ihrer Vertretung bedeutsam erscheint. Hierbei stehen zum einen fachliche, hochschulische, hochschulpolitische, zum anderen gesellschaftspolitische Komplexe im Fokus. Hinsichtlich der *demokratischen Orientierungen* werden die Studierenden – viertens – gebeten, sich zu fünf Aussagen der von Kaase (1971) entwickelten Fragebatterie zu äußern: Zu Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftspolitischen Akteurinnen und Akteuren, zu Forderungen nach einem Entzug des Streik- und Demonstrationsrechts, wenn dieses die öffentliche Ordnung gefährdet, zu Gewalt als einem Instrument der Konfliktlösung, zur politischen Opposition, die die Regierung bei ihrer Arbeit unterstützt sowie dem Recht, für individuelle Überzeugungen auf die Straße gehen zu dürfen. Und fünftens wird eine darauf beruhende Skala präsentiert, die die *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* skizziert. Sie zeichnet in sechs Stufen das studentische Verhältnis hierzu nach. Diese erstrecken sich von einer vehement demokratischen Überzeugung über eine schwache Bindung bis hin zu einer stark undemokratischen Haltung.

## 4 Empirische Befunde<sup>2</sup>

### 4.1 Politisches Interesse

Blickt man auf die letzten Jahrzehnte, so haben außerhochschulische sowie nichtpolitische Felder im Wertehorizont der Studierenden immer mehr an Bedeutung gewonnen – allem voran der Blick auf die jeweiligen Partner, die Familie sowie auf Geselligkeit und den Freundeskreis. Damit verglichen war der Bereich „Politik und öffentliches Leben“ schon immer weniger relevant und in der Zeit leicht rückläufig (vgl. Simeaner/Ramm/Kolbert-Ramm 2010).

Dennoch bekunden die Studierenden nach wie vor ein wenigstens mittelstarkes *Interesse am allgemeinpolitischen Geschehen* – auch wenn es im Laufe der Zeit mit Schwankungen behaftet ist (vgl. Tabelle 2). So war hier zu Beginn der 1990er Jahre fast

die Hälfte der damals Befragten massiv aufgeschlossen; 2010 sind es nur noch 38%. Zugleich hat sich das explizite Desinteresse auf 10% verdoppelt. Nach wie vor existiert aber im Durchschnitt gesehen eine nicht zu unterschätzende Bereitschaft, sich politischen Themen zuzuwenden. Allerdings: Je spezieller das Feld ist, desto weniger interessiert es die Befragten.

Tabelle 2

Das Interesse der Studierendenschaft an politischen Feldern. Querschnittlicher Zeitvergleich. Studierende an der Universität.  
(Angaben in %)

Interesse <sup>a)</sup> an ...	1993 N=7192	1998 N=5799	2004 N=8307	2010 N=6117	
allgemeinpolitischen Geschehnissen					
gar nicht interessiert	5	8	7	10	
sehr stark interessiert	48	41	44	38	**
hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen					
gar nicht interessiert	20	14	14	17	
sehr stark interessiert	13	21	20	16	**
studentischer Politik					
gar nicht interessiert	40	32	30	31	
sehr stark interessiert	6	11	11	9	**

a) Zusammenfassung der Extremwerte 0-1 = gar nicht interessiert; 5-6 = sehr stark interessiert

\*\*  $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

So finden *hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen* bei den Studierenden sichtbar weniger Aufmerksamkeit als die Allgemeinpolitik. Nach einem kurzen Anstieg bis zum Millennium, ist diese wieder rückläufig. Jeder Fünfte ist hier uninteressiert. Noch weniger gilt der Blick der *studentischen Politik*. Nach einem kleinen Zuwachs wendet sich ihr seit Ende der 1990er Jahre lediglich rund jeder Zehnte zu – immerhin ist aber auch das ausdrückliche Desinteresse in dieser Zeit rückläufig, und zwar zugunsten einer schwachen bis mittleren Hinwendung.

Generell gilt: Je stärker sich der Blick auf allgemeinpolitische Inhalte richtet, desto nachhaltiger bezieht er hochschul- und – besonders mit dieser Hinwendung – auch studentenpolitische Felder mit ein. Dies jedenfalls zeigen die Assoziationskoeffizienten für die Erhebung von 2010 (vgl. Tabelle A1). So besteht besonders ein Zusammenhang zwischen dem Interesse an Hochschul- sowie der Aufgeschlossenheit an studentischer Politik (Gamma = .75). Das spiegelt sich etwas geringer mit Blick auf allgemeinpolitische

Geschehnisse. Umgekehrt gilt: Ein geringeres Interesse an einem dieser Aspekte wirkt sich in die gleiche Richtung auf die anderen Faktoren aus. In einem der drei, im Fragebogen erfassten politischen Felder resümierenden Summenscore liegt das Interesse leicht über der theoretischen Skalenmitte.<sup>3</sup> Zugleich ist diese Aufgeschlossenheit mithin eine tragende Säule des hochschulpolitischen Engagements: Ein hierfür gebildeter Summenscore über alle hochschulischen Engagementmöglichkeiten<sup>4</sup> korreliert mit einer politischen Aufgeschlossenheit (vgl. Tabelle A4) – insbesondere mit jener an studentenpolitischen Zusammenhängen (Gamma = .46).

#### 4.2 Engagement in der Hochschule

Das hochschulpolitische Engagement spiegelt zum einen in gewissem Maße diese Ergebnisse wider; zum anderen replizieren sich die aus anderen Studien bekannten Muster. So rangieren nämlich auch an der Universität, bei der angehenden Funktionselite, unpolitische Felder vor den politischen – dieser Befund gilt für alle Messzeitpunkte des Konstanzer Studierendensurveys und bewegt sich durchgehend auf demselben Niveau: So sind *Sport* und *Kultur* seit jeher auf den vorderen Plätzen (vgl. Tabelle 3). Rund ein Drittel der Studierenden ist an Sportgruppen interessiert, fast jeder Zweite ist aktiv. Ähnliches gilt für kulturelle Belange – im Vergleich zu anderen Gruppen, zeigt sich auch hier ein ausgeprägtes Interesse sowie eine starke Teilnahme.

Tabelle 3  
Interesse und Partizipation an verschiedenen Aktivitäten von Gruppen an der Hochschule. Studierende an der Universität 2010.  
(Angaben in %; N=6117)

Aktivität	kein Interesse	Interesse ohne Teilnahme <sup>a)</sup>	Teilnahme <sup>a)</sup>
Studentensport/Sportgruppen	21	32	47
kulturelle Aktivitäten	31	41	27
Fachschaften	31	56	13
studentische Selbstverwaltung	48	46	6
informelle Aktionsgruppen	57	32	10
offizielle Selbstverwaltungsgremien	60	35	3
politische Studentenvereinigungen	60	33	6
Studentengemeinde	68	21	8
Studentenverbindungen	75	17	5

a) Zusammenfassung: gelegentliche Teilnahme, nehme häufig teil, habe ein Amt/eine Funktion inne

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Damit verglichen erhalten *hochschulpolitische Gruppen und Gremien* weniger Aufmerksamkeit bei den jungen Hochqualifizierten – dennoch besteht keine Enthaltbarkeit: So finden durchgehend *Fachschaften* bei 56% der Befragten das größte Interesse. Das Engagement indes ist deutlich zurückhaltender. Etwa jeder Achte nimmt hin und wieder bzw. häufiger teil; 3% äußern, in einer gewählten Position zu sein. Das erscheint als sehr wenig. Im Vergleich zu den anderen universitären Gruppen und Gremien aber ist dies der höchste Anteil an Aktiven. Im hochschulpolitischen Feld reicht nur die Partizipation an *informellen Aktionsgruppen* an jene der Fachschaft heran. Daran hat sich im Laufe der Jahre wenig geändert.

Je offizieller und politischer die Gruppierungen und Gremien klingen, desto weniger wird partizipiert und desto weniger besteht seitens der Hochqualifizierten ein grundlegendes Interesse daran; dieses wird noch am ehesten der *studentischen* sowie der *offiziellen Selbstverwaltung* entgegengebracht. *Informelle Aktionsgruppen* und *politische Studierendenvereinigungen* rangieren dahinter. Die Bereitschaft zu einer aktiven, kurz- und langfristigen Teilnahme stagniert bei allem was politisch klingt seit jeher zwischen 2 und 7%. Der politische Komplex ist aber nicht das Schlusslicht im Reigen der studentischen Aktionsfelder: Vielmehr rangieren Studentengemeinden und -verbindungen am Ende dieser Hierarchie – besonders hinsichtlich des darauf gerichteten Interesses. Gemessen am theoretischen Median, zeigt ein gesamthafter Blick auf die hochschulische Partizipation der Studierenden ein deutlich jenseits davon liegendes Engagement.<sup>5</sup>

Dabei bestehen starke Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aktivitätsmöglichkeiten. Jene, die sich einem der Felder zuwenden, neigen dazu, auch in den anderen tätig zu werden. Umgekehrt gilt: Desinteresse und Zurückhaltung gegenüber bestimmten Bereichen, paart sich mit einer ähnlichen Haltung zu den anderen (vgl. Tabelle A2). Das zeigt sich besonders bei einer Teilnahme an der studentischen sowie der offiziellen Selbstverwaltung (Gamma = .82). Etwas nachrangiger repliziert sich dies zwischen Fachschaften und Selbstverwaltungsgremien – allem voran den studentischen (Gamma = > .60). Je mehr sich die Befragten einem dieser Gremien zuwenden, desto aufgeschlossener sind sie gegenüber politischen Studentenvereinigungen. Diese Bindung zeigt sich auch mit Blick auf informelle Aktionsgruppen. Ein etwas lockereres Verhältnis ist zwischen den politisch und nicht-politisch erscheinenden Gruppen sichtbar.

Das Interesse und das Engagement der Studentinnen und Studenten ist dabei von verschiedenen *Einflüssen* in statistisch signifikanter Weise abhängig. Diese markieren

die Bedingungen dafür, dass sich die jungen Hochqualifizierten aktiv einbringen.<sup>6</sup> Dies sei exemplarisch anhand der aktuellen Erhebung von 2010 dargestellt:

So gilt auch an der Universität der oft gezeigte *geschlechtsspezifische* Unterschied – dieser ist aber geteilt: Studentinnen sind deutlich geringer allgemeinpolitisch aufgeschlossen als Studenten. Jeder zweite Mann ist hierfür offen; bei den Frauen ist es jede dritte. Hingegen äußern die Studentinnen eher hochschul- bzw. studentenpolitisches Interesse. Aber sie vermögen es nicht, dieses hinreichend in aktive Partizipation umzumünzen. Die männlichen Kommilitonen sind in diesem Feld aktiver.

Daneben treten Merkmale hervor, die mit Universität und Studium zusammenhängen und mit dem politischen Interesse sowie der Teilnahme kovariieren; in Sonderheit spielen die Fachzugehörigkeit, die Studiendauer und – etwas verhaltener – der Studienabschluss eine wichtige Rolle. So zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den *Fächern*: Neben der Rechtswissenschaft, ist man auch in den Sozialwissenschaften für Allgemein-, Hochschul- und Studierendenpolitik sehr offen. Künftige Ingenieurinnen und Ingenieure rangieren hier durchgehend am Ende. Entsprechend erweisen sich Studierende der Sozialwissenschaften in Bezug auf hochschulpolitische Gruppen und Gremien am interessiertesten und am aktivsten – und zwar besonders an studentischer und offizieller Selbstverwaltung; ihre Teilnahme an informellen Aktionsgruppen und politischen Studierendenvereinigungen ist zudem mit 16% bzw. 11% fast viermal so hoch wie bei den Hochqualifizierten in den Ingenieurwissenschaften. Hinzu kommt die *Studiendauer*: Mit ihr wächst das Interesse an politischen Sachverhalten stetig. Hingegen nimmt die Aufmerksamkeit an hochschul- bzw. studentenpolitischen Inhalten ab, je länger studiert wird – wohl auch in Folge der Prüfungsbelastungen und der einsetzenden Hinwendung zum Beruf. Die Studienneulinge sind zwar interessierter, setzen dies aber nicht in eine aktivere Partizipation um. Möglicherweise müsste die Bedeutung einer Teilhabe von den Aktiven bzw. den verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren gegenüber den Studienanfängern deutlicher betont werden.

Von besonderem Interesse sind die Befunde bezüglich des angestrebten *Studienabschlusses*: Anders als vielleicht erwartbar sind die Angehörigen der neuen Abschlüsse, die im Zuge des Bologna-Prozesses etabliert wurden, nicht weniger politisch aufmerksam – sie sind im Durchschnitt sogar etwas stärker an hochschul- und studentenpolitischen Inhalten interessiert und signalisieren eine erhöhte Aufmerksamkeit an hochschulpolitischen Gremien und Gruppen als jene, die traditionelle Abschlüsse anstreben. Auch wenn sich das nicht in einer verstärkten Teilnahme niederschlägt, so widerlegt dies

die These, Bachelor- und Master-Studierende stünden hochschulpolitischen Belangen und Aktivitäten grundsätzlich zurückhaltender gegenüber. Es ist nicht auszuschließen, dass sie besonders durch die nicht immer positiven Erfahrungen mit den neuen Studienbedingungen in ihrer Aufmerksamkeit aktiviert wurden.

In allen genannten Aspekten sind Effekte der *sozialen Herkunft* sowie des *Ost-West-Standorts* der Hochschulen marginal: Das heißt, Studierende aus den Universitäten Ostdeutschlands haben keinen irgendwie gearteten „Nachholbedarf“ in den hochschulpolitischen Angelegenheiten oder bezüglich des Interesses an Politik. Dies gilt analog für Personen aus bildungsfernen Schichten<sup>7</sup> – nur im Studentensport und bei kulturellen Aktivitäten zeigen sich diese engagierter.

Die berichteten Befunde sind unterlegt von deutlichen *Beziehungen* zwischen den Variablen, die in 2010 erfasst wurden: Je größer die allgemeinpolitische Aufgeschlossenheit ist, desto höher fällt auch das hochschulpolitische Engagement aus. Umgekehrt gilt: Mit der Aufgeschlossenheit und der Teilhabe im universitären Bereich wächst das Interesse an allgemein-, hochschul- und studentenpolitischen Inhalten (vgl. Tabelle A4). Ähnliche Muster werden auch mit Blick auf die demokratischen Orientierungen im Einzelnen und die demokratischen Prinzipien insgesamt, als dem vierten und fünften Indikator im Rahmen dieses Beitrages analysiert.

#### 4.3 Exkurs: Aufgaben studentischer Vertretungen

Das hochschulische Engagement bzw. die Bereitschaft hierzu soll mit einem Blick auf die Aufgaben komplettiert werden, für die sich eine studentische Vertretung aus Sicht der Studierenden einsetzen soll. Obgleich des verhältnismäßig geringen hochschul- bzw. studentenpolitischen Interesses und der zurückhaltenden Partizipation, pointieren die jungen Hochqualifizierten ganz genau die zu erledigenden Aufgaben. Dabei verdeutlichen sich primär fachliche bzw. hochschulische Erwartungen – hinzu treten aber auch konkrete allgemeinpolitische Vorstellungen, die es seitens der Studierendenvertretungen zu erfüllen gilt. Im Zeitverlauf sind die Zuschreibungen in vielen Aspekten relativ stabil.

Dabei formulieren die Hochqualifizierten zuvorderst Bedingungen, die direkt das Studium betreffen: So wird seit jeher am nachhaltigsten ein Einsetzen der studentischen Vertretung für *bessere Studienbedingungen* gewünscht – dies wird fast einhellig betont (vgl. Tabelle 4). Ähnlich eindringlich wird die Forderung geäußert, auf eine *Verbesserung*

ung der Qualität der Lehre hin zu wirken. Trotz des geringen hochschul- bzw. studen-  
tenpolitischen Interesses, halten die Befragten auch einen Einfluss auf die *interne  
Hochschulpolitik* für wichtig: So sehen 73% der Studierenden eine Beeinflussung der  
Geschehnisse in der Hochschule durch ihre Vertreter als außerordentlich zentral an.  
Dies mag aus dem Gedanken herrühren, hierdurch auch Verbesserungen der fachlichen  
Faktoren zu erreichen. Etwas geringer ist die Zuschreibung, eine Mitarbeit an Prü-  
fungsbedingungen und Lehrinhalten sei wichtig. Rund zwei Drittel der Befragten sehen  
darin eine starke bzw. vordringliche Aufgabe. Ähnlich ausgeprägt schließt sich das  
Votum an, sich für die *Studienberatung bzw. Studienhilfe* einzusetzen.

Es fällt auf, dass in diesem Themenkomplex jeweils nur Minderheiten von bis zu 5%  
diese Zuschreibungen ablehnen – das gilt zumal für eine Mitarbeit an den Prüfungsbe-  
dingungen und Lehrinhalten. In einem Zeitvergleich hat dabei sowohl diese Aufgabe, als  
auch eine nachhaltige Studienberatung und -hilfe am ehesten an Bedeutung verloren.

Tabelle 4  
Einsetzen für Aufgaben von Studierendenvertretungen. Studierende an der Universität  
2010.  
(Angaben in %; N=6117)

Die Studierendenvertretung soll sich einsetzen für ...	gar nicht	etwas	vordringlich <sup>a)</sup>
bessere Studienbedingungen an der Hochschule	1	8	91
Verbesserung der Qualität der Lehre	2	16	82
interne Hochschulpolitik/Beeinflussung des Geschehen an der Hochschule	3	23	73
an Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten mitzuarbeiten	5	28	68
Studienberatung/Studienhilfe	2	32	66
Unterstützung ausländischer Studierender	4	33	63
soziale Fragen	8	41	51
Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule abschaffen	22	38	41
politische Vertretung nach außen	15	47	38
kulturelle Belange	20	52	27

a) Zusammenfassung der Kategorien „stark“ und „vordringlich“

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

In einem weiteren Bereich subsumieren sich Felder, die über das Studium hinausgehen und mithin gesellschaftspolitische Inhalte betreffen. Diese werden von den jungen Hochqualifizierten weniger nachhaltig als Aufgaben studentischer Vertretungen begriffen. Hier stehen primär Belange wie die *Unterstützung ausländischer Studierender* im Vordergrund. 63% sehen darin ein nachhaltiges Betätigungsfeld. Auch eine Auseinandersetzung mit *sozialen Fragen* – wie die Förderung von sozialen Kontakten oder eine Unterstützung bei der Wohnungssuche – wird noch von jedem Zweiten begrüßt. Hingegen weisen die Studierenden der Aufgabe, sich für eine *Abschaffung von Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule* einzusetzen, keine mehrheitliche Relevanz zu: Dies wird noch von zwei Fünftel eingefordert. Eine vergleichbare Tendenz spiegelt sich, wenn es darum geht, sich für eine *politische Vertretung der Studierendenschaft* nach außen einzusetzen – und damit für ein allgemeinpolitisches Mandat: Zwei Fünftel der Befragten begrüßen dies als ein außerordentlich relevantes Feld für eine gewählte studentische Vertretung. Ein Eintreten für *kulturelle Belange* rangiert am Ende der Aufgabenhierarchie.

Ein Blick auf die Ablehnung dieser Aufgaben zeichnet ein differenziertes Bild – zumal im Vergleich zum fachlichen Themenkomplex: So lehnt es mehr als jeder Fünfte ab, dass sich die studentische Vertretung mit der Abschaffung von Benachteiligung von Frauen an der Hochschule beschäftigt – das zeigt sich auch bei kulturellen Belangen. Diese Ablehnungen sind in der Zeit gewachsen. Anders stellt sich dies hingegen beim allgemeinpolitisches Mandat dar: Hier hat in den Jahren die Forderung zugenommen, dass ein Einsetzen hierfür eine außerordentlich relevante Aufgabe studentischer Vertretungen sei – betonte dies Anfang der 1990er Jahre jeder Dritte waren dies 2010 zwei Fünftel.

Hierbei treten enge Affinitäten zwischen dem Wunsch nach einer besseren Qualität der Lehre und guten Studienbedingungen auf; dies gilt auch für eine Einmischung in die interne Hochschulpolitik mit der Forderung einer politischen Vertretung der Studierenden nach außen (Gamma jeweils = .59). Wenngleich etwas geringer, repliziert sich das auch in dem Streben nach einer Einmischung in die interne Hochschulpolitik und dem Blick auf bessere Studienbedingungen sowie zwischen dem Einsetzen für kulturelle Belange und der Lösung sozialer Fragen (Gamma jeweils = .54). Deutlich abgeschwächerter gilt dies auch für den Rahmen einer Unterstützung ausländischer Studierender und der Abschaffung geschlechtsspezifischer Ungleichheit (vgl. Tabelle A3). Insgesamt werden enge Kovariationen *innerhalb* der fachlichen Aufgabenfelder einerseits, der politischen andererseits sichtbar – und weniger zwischen den beiden Berei-

chen. Lediglich die Forderung, sich stärker in die interne Hochschulpolitik einzumischen, scheint eine Verbindungsfunktion zwischen dem fachlichen und politischen Aspekt einzunehmen.

Die strukturellen Beziehungen zwischen den Variablen untermauern die besondere Bedeutung des politischen Interesses (vgl. Tabelle A4). Je ausgeprägter dieses ist, desto stärker fällt das Engagement für die Hochschulpolitik aus ( $r = .42$ ), desto pointierter werden die Erwartungen an die Aufgaben, die studentische Vertretungen bearbeiten sollen ( $r = .31$ ). Obgleich etwas geringer, ist ferner eine Verwobenheit zwischen dem Engagement in hochschulpolitischen Belangen und der Dringlichkeit, mit der dort die Aufgaben bearbeitet werden sollen, skizzierbar ( $r = .26$ ).

Die Erwartungen gegenüber den Aufgaben der studentischen Politik sind von verschiedenen Einflüssen begleitet. So fordern die *politisch interessierten* Studierenden nachhaltiger als ihre zurückhaltenden Kommilitoninnen und Kommilitonen, diese Obliegenheiten zu bearbeiten – besonders hinsichtlich des hochschulpolitischen Interesses stehen fachbezogene Aspekte wie eine bessere Lehrqualität und bessere Studienbedingungen im Vordergrund; dies gilt auch für eine stärkere politische Teilhabe studentischer Vertretungen. Mit Blick auf das *Geschlecht* sind die signifikanten Differenzen fast durchgehend sehr gering. Ausgeprägter sind sie am ehesten bei der Forderung geschlechtsspezifische Benachteiligungen an der Hochschule abzuschaffen: Das wird nachhaltiger von Studentinnen vertreten; dies gilt auch für den Wunsch nach einem allgemeinpoltischen Mandat. Trotz des geringeren allgemeinpoltischen Interesses, scheinen die Frauen von der Notwendigkeit politischer Mitbestimmung überzeugter zu sein als die Männer. Ein Blick auf die *Bildungsherkunft* zeigt primär bei der Abschaffung geschlechtlicher Benachteiligungen an der Hochschule einen signifikanten Effekt. Ein Einsetzen dafür wird am stärksten von Angehörigen der bildungsfernsten Schicht forciert. Der *Ost-West-Vergleich* offenbart nur geringe Differenzen.

Neuerlich replizieren sich die Facheffekte: So plädieren durchgehend Studierende der Sozialwissenschaften für ein nachdrückliches Engagement bei den fachlichen, hochschul- und allgemeinpoltischen sowie sozialen Inhalte. Die Kommilitoninnen und Kommilitonen in den Ingenieurwissenschaften sehen durchgehend geringere Dringlichkeiten. Kaum Effekte spiegeln sich bei der *Studiendauer* – am ehesten votieren noch die höheren Semester nachdrücklicher für eine Einmischung der studentischen Vertretungen hinsichtlich einer Verbesserung der Lehrqualität.

#### 4.4 Demokratische Orientierungen

Hinsichtlich der demokratischen Orientierungen *im Einzelnen*, begrüßen die befragten Hochqualifizierten seit jeher nachhaltig Gewaltlosigkeit sowie das Recht, zu demonstrieren. Diese beiden, für das demokratische System grundlegenden Faktoren haben seit 1993 wenig an Attraktivität verloren (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5  
Demokratische Orientierungen <sup>a)</sup> im querschnittlichen Zeitvergleich. Studierende an der Universität.  
(Mediane)

	1993 N=7192	1998 N=5799	2004 N=8307	2010 N=6117	
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	1,3	1,3	1,3	1,3	**
Jeder Bürger hat das Recht, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	6,8	6,7	6,7	6,6	**
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	3,0	3,0	3,5	3,6	**
Die Opposition soll die Regierung bei ihrer Arbeit unterstützen und nicht kritisieren.	2,8	2,9	4,1	3,6	**
Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	2,5	3,0	3,8	3,2	**

a) Skalierung: 1=„lehne völlig ab“ bis 7=„stimme völlig zu“  
\*\* p< 0.01 (Mediantest)

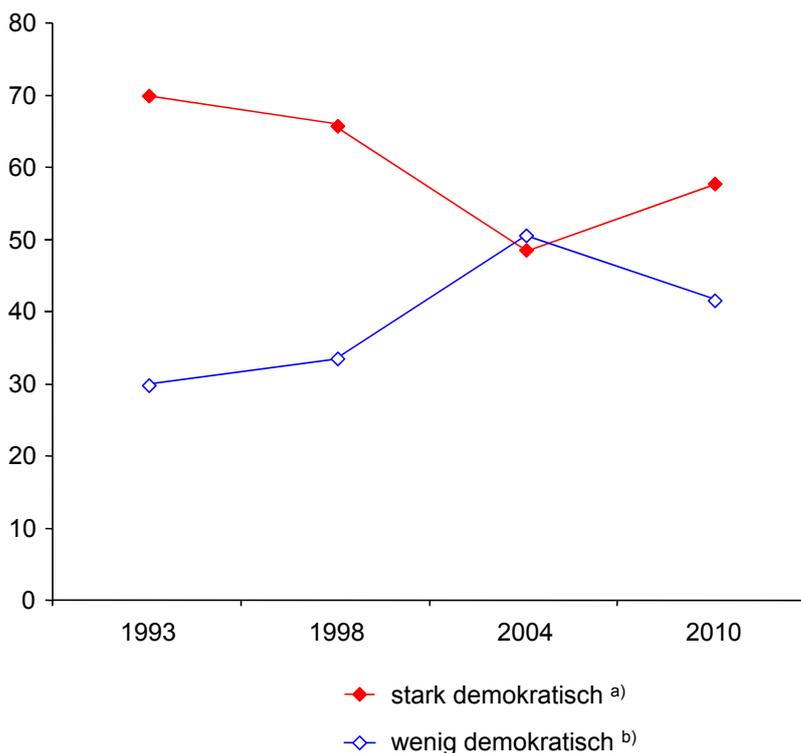
Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Andere Aussagen hingegen schon: Sie deuten ein rückläufiges demokratisches Potenzial in der Studierendenschaft an. Dies äußert sich beispielsweise in der Position, den Bürgern das Streik- und Demonstrationsrecht zu entziehen, wenn dieses die öffentliche Ordnung gefährdet. Zu Beginn der 1990er Jahre lehnten noch zwei Fünftel der jungen Hochqualifizierten unter diesen Bedingungen einen solchen Verlust ab; am Anfang des Millenniums war es nur noch ein Viertel. Auch die Forderung nach einer kritischen politischen Opposition ist im Laufe der Zeit gesunken. Ferner hat die Überzeugung zugenommen, verbale Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen und ihre Forderungen an die Regierung seien schädlich für das Allgemeinwohl.

Im Zeitverlauf offenbart sich aber eine Tendenz hin zu mildereren Urteilen: Das zeigt sich besonders hinsichtlich der verbalen Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen, die eine tragende Säule des demokratischen Systems sind: Hielten 2004 29%

der jungen Hochqualifizierten Diskurse für unschädlich, so artikulieren dies 2010 39%. Rund ein Drittel der Studierenden sieht die politische Opposition wieder verstärkt in der Pflicht, kritischer und weniger unterstützend gegenüber der Regierung zu sein. Auch das Streikrecht findet mit einem Drittel aktuell wieder mehr Unterstützer.

Abbildung 1  
Akzeptanz demokratischer Prinzipien im querschnittlichen Zeitvergleich. Studierende an der Universität.  
(Angaben in %)



a) Zusammenfassung: 1=vehement demokratisch, 2=eindeutig demokratisch  
b) Zusammenfassung: 3=labil demokratisch, 4=schwach demokratisch, 5=tendenziell undemokratisch, 6=stark undemokratisch

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Die *Summe* dieser einzelnen Aussagen ergibt einen globalen Gradmesser dafür, in wie weit bei den Studierenden demokratische Prinzipien verankert sind. Diese heranziehend, porträtiert der Zeitvergleich eine künftige demokratische Funktionselite, die den Grundfesten der Demokratie im Durchschnitt eher indifferent gegenübersteht (vgl. Abbildung 1). Seit 1993 fiel dabei der Anteil der demokratisch Verankerten von 70% auf 49% im Jahr 2004 – die Distanz zu den damit verbundenen Werten war nie größer als damals. Seither wächst die demokratische Grundhaltung aber wieder. Sie ist aktuell zwar niedriger als zu Beginn der 1990er Jahre, aber ausgeprägter als 2004. Inzwischen kann wieder eine Mehrheit der Befragten als prinzipientreu in demokratischen Belangen

bezeichnet werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass derzeit ein großer Anteil der Studierenden eine sehr indifferente Haltung an den Tag legt.

Neuerlich ergeben sich deutliche Beziehungen zwischen den Variablen; auch das sei exemplarisch mit den Befunden von 2010 skizziert: So erweist sich das *politische Interesse* als starker Transformator – je mehr allgemein- sowie hochschul- bzw. studen-tenpolitische Aufmerksamkeit insgesamt besteht, desto ausgeprägter ist das Engagement in der Hochschulpolitik ( $r = .42$ ). Zudem führt steigendes Interesse an Politik zu einer Befürwortung der demokratischen Prinzipien durch die Studierenden ( $r = -.24$ ) – das gilt auch umgekehrt (vgl. Tabelle A5). Dieses Muster wird auch zwischen der Akzeptanz demokratischer Prinzipien und dem Einsatz für hochschulpolitische Belange transparent ( $r = -.13$ ), wenngleich diese Korrelation zwischen den Summenskalen noch weniger ausgeprägt ist.

Betrachtet man das *Geschlecht*, so sind durchgehend Studentinnen in statistisch signifikanter Weise demokratischer. Allerdings scheint sich der Abstand der männlichen Hochqualifizierten im Laufe der Zeit zu verringern. Mit Blick auf die *Bildungsherkunft* treten Studierende aus akademischen sowie den bildungsfernsten Haushalten als die nachhaltigsten demokratischen Adepten auf. Ein *Ost-West-Vergleich* zeigt kaum Differenzen.

Einmal mehr wirken auch hier hochschulbezogene Momente wie der angestrebte *Studienabschluss*: So rangieren Magister- und Diplomstudierende bei den demokratischen Werten auf den vorderen Plätzen – 61% sind außerordentlich fest damit verbunden; bei den Befragten mit den neuen Abschlüssen ist es rund die Hälfte. Das mag auch ein zeitlicher Effekt sein – die BA-Studierenden dürften sehr wahrscheinlich bei einer längeren Studienzeit ebenfalls entsprechende Orientierungen entwickeln und diese fester verankern. Zudem finden sich seit jeher in den *Sozialwissenschaften* die stärksten Verfechter demokratischer Werte. Künftige Ingenieurinnen und Ingenieure bilden wiederum das Schlusslicht – jeder Zweite distanziert sich hier. Schließlich verfestigen sich mit der *Studiendauer* die demokratischen Werte – d.h., je länger studiert wird, desto mehr verankern sich demokratische Prinzipien. Das spiegelt sich in den damit verbundenen Teilaspekten: So wächst in der Zeit die Annahme, Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen und ihren Forderungen seien unschädlich – das äußern 38% der Studienanfänger; bei jenen, die sieben Semester und länger studieren sind es 44%. Das repliziert sich beim Demonstrationsrecht und der Sicht auf eine politische Opposition. Je länger studiert wird, desto mehr wird diese zur Kritik und weniger zur reinen

Unterstützung gegenüber der Regierung aufgefördert. Auch die Sicht, jeder habe das Recht für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen, nimmt zu. Das deutet auf die bildende Kraft der Institution Universität hin – auch wenn neuerlich soziale Reifeffekte nicht gänzlich auszuschließen sind (vgl. Dippelhofer 2012).

#### 4.5 Multivariate Verknüpfungen

Die bisher berichteten Befunde geben einen Einblick in das Beziehungsgeflecht, in dem die politischen Orientierungen, das hochschulische Engagement der Studierenden sowie ihre demokratischen Überzeugungen und Prinzipien stehen. Multivariate Analysen, die diese Zusammenhänge simultan – das heißt gleichzeitig testen und eruieren wollen, welche Variable sozusagen die größte Erklärungskraft hat – bestätigen im Wesentlichen das bisher Gesagte und schärfen das Gesamtbild.<sup>8</sup>

Tabelle 6  
Regressionsmodelle zu den Kriterien politisches Interesse, hochschulpolitisches Engagement, Akzeptanz demokratischer Prinzipien. Studierende an der Universität 2010. Standardisierte Beta-Koeffizienten (N=6117).

Prädiktoren	Kriterien					
	Interesse an all-gemeinpolitischen Geschehnissen <sup>b)</sup>		Summenscore Engagement <sup>c)</sup>		Akzeptanz demokratischer Prinzipien <sup>d)</sup>	
Geschlecht	-.36	***	.02		.02	
Fach <sup>a)</sup>	-.31	***	-.11	***	.23	***
Studiendauer	.06	**	-.07	**	-.04	*
Studienabschluss	-.06	**	-.04	*	.10	***
Bildungsherkunft	.05	**	.09	***	-.09	***
Bundesland	-.02		.03	*	.00	
Interesse an allgemeinpolitischen Geschehnissen <sup>b)</sup>			.17	***	-.16	***
Summenscore Engagement <sup>c)</sup>	.15	***			-.06	**
Akzeptanz demokratischer Prinzipien <sup>d)</sup>	-.14	***	-.06	**		
df	8/6109		8/6109		8/6109	
adjusted R <sup>2</sup>	.19		.07		.11	

a) Extremgruppenvergleich Sozialwissenschaften vs. Ingenieurwissenschaften

b) Variablenausprägung: 0=gar nicht, 6=sehr stark

c) Variablenausprägung 9=kein Interesse, 45=habende ein Amt/eine Funktion inne

d) Variablenausprägung: 1 = vehement demokratisch, 2 = eindeutig demokratisch, 3 = labil demokratisch, 4 = schwach demokratisch, 5 = tendenziell undemokratisch, 6 = stark undemokratisch

\*\*\* p ≤ 0.000, \*\* p ≤ 0.01, \* p ≤ 0.05

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Die Ausprägung des *politischen Interesses* erklärt sich zuvorderst durch die Geschlechtszugehörigkeit – Männer dominieren hier das Feld. Hinzu tritt die positive Wirkung des Studienfaches; diese unterstreicht die Bedeutung der Sozialwissenschaften in diesem Prozess. Das politische Interesse verfestigt sich, wenn Studierende demokratischen Prinzipien positiv gegenüber stehen und wenn sie sich in hochschulpolitischen Gremien und Gruppen engagieren. Etwas weniger nachhaltig wirken Studiendauer und -fach sowie die Bildungsherkunft. Dieses Modell weist mit  $R^2 = .19$  eine relativ hohe Erklärungskraft auf.

Das *Engagement* auf hochschulpolitischen Feldern zeigt sich primär durch das politische Interesse bedingt – allem voran jenes an studentenpolitischen Inhalten. Obgleich schwächer, wirkt auch hier zusätzlich das gewählte Studienfach: Dies skizziert einmal mehr die Position der Sozialwissenschaften. Neben der geringeren Rolle der Bildungsherkunft, ist wiederum die Studiendauer von Bedeutung. Auch eine demokratische Verankerung gilt als positiv. Diese Faktoren können somit als Bedingungen des studentischen Engagements gewertet werden. Insgesamt ist die Erklärungskraft dieses Modells aber nicht sehr befriedigend ( $R^2 = .07$ ), auch in Folge der sehr schiefen Verteilung in den Ausprägungen des Summenscores.

Die *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* wird primär durch das Studienfach erklärt und stärkt einmal mehr sozialwissenschaftliche Strukturen und Inhalte. Nachrangiger, aber ebenfalls signifikant, wirkt darüber hinaus das politische Interesse. In seiner Wirkung etwas weniger effektiv ist der angestrebte Studienabschluss. Hier bestätigt sich ein positiver Effekt bei den traditionellen Abschlüssen. Die Bildungsherkunft sowie die hochschulische Partizipation rangieren dahinter. Der ebenfalls positive Effekt der Studiendauer ist am schwächsten. Ein ausgeprägtes politisches Interesse vermag also demokratische Werte zu stärken – und umgekehrt. Ebenso leistet aber auch die Universität ihren Beitrag – über die Fachkultur, über die Möglichkeit zur Teilhabe der Studierenden an Hochschulpolitik sowie den Studienabschluss und die Studiendauer. Diese Prädiktoren verdichten sich mit einem  $R^2 = .11$  in einer relativ befriedigenden Modellgüte.

## 5 Resümee

Insgesamt zeigen die Daten im Zeitverlauf auf der einen Seite einen Wandel der politisch-demokratischen Orientierungen von Studierenden; sowie auf der anderen Seite Stabilität in einzelnen Aspekten, die sich auch auf die hochschulpolitische Partizipation beziehen. So besteht in der Studierendenschaft seit jeher ein durchaus hohes politisches Interesse, auch wenn hier einige Schwankungen zu verzeichnen sind. Als ebenfalls stabil – wenngleich auf sehr niedrigem Niveau – erweist sich zudem die hochschulpolitische Teilhabe. Dabei ist das geringe Engagement an der hochschulischen Mitverantwortung und Mitgestaltung angesichts der numerischen Stärke und sozialen Relevanz der Studierenden als Statusgruppe in der Universität bedenklich – und dies steht in deutlichem Gegensatz zu den Ansprüchen und Erwartungen, die die Befragten selbst an die studentische Politik formulieren. Die zu bearbeitenden Aufgaben der studentischen Vertretungen werden von den Studierenden seit jeher mit konkreten Anforderungen verbunden. Diese werden zum einen durch fachliche Inhalte und Strukturen dominiert; zum anderen erwarten sie trotz einer Distanz zu politischen Bereichen von ihren Vertretungen, auch die Bearbeitung spezifischer hochschul- sowie allgemeinpolitischer Felder. Dabei wird deutlich, dass je weiter weg die Aufgaben vom Studium gesehen werden, desto weniger stoßen diese auf Sympathie. So stehen Verbesserung von Studienbedingungen und Lehre im Vordergrund, aber auch eine Teilhabe an der internen Hochschulpolitik sowie ganz besonders ein Einsetzen für ein allgemeinpolitisches Mandat – der Wunsch nach diesem Mandat ist bei den jungen Hochqualifizierten sogar gewachsen.

Erfreulich ist, dass bei den demokratischen Orientierungen in jüngster Zeit wieder eine Konsolidierung zu konstatieren ist. Das lässt die seit jeher bestehende selbstaufgelegte Selbstverpflichtung der Studierenden erkennen, demokratische Werte zu vertreten und nach wie vor einen politischen Blick zu haben (vgl. Bargel/Sandberger 1985; Brämer 1993). Gleichwohl sind die namhaften Minderheiten nicht zu übersehen, die den demokratischen Prinzipien ambivalent oder gleichgültig gegenüberstehen. Deshalb ist die Suche nach jenen Faktoren, die die politisch-demokratischen Überzeugungen fördern könnten, wichtig. Die Befunde geben einige Hinweise darauf, wie das politische Interesse, das hochschulische Engagement und die demokratische Haltung bei den jungen Hochqualifizierten herausgebildet, unterstützt und stärker verankert werden könnte. Dies sei kurz in einigen wenigen Punkten skizziert:

So wäre erstens die Förderung des politischen Interesses bei allen Studierenden wichtig. Ein erster Schritt könnte darin liegen, die Sensibilität für die gesellschaftlichen Folgen

wissenschaftlichen Handelns in *allen* Fächern zu verbessern. Die Konsequenzen des technischen und medizinischen Fortschritts oder die Reichweite bzw. die Gefahren von Theorien und Modellen aus den Wirtschaftswissenschaften, um nur einige Beispiele zu nennen, müssten in die Lehre der in diese und ähnliche Fragen involvierten Disziplinen einfließen und von den Studierenden reflektiert und diskutiert werden. Optionale Angebote aus den sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern würden das weiter fundieren. Generell scheint eine Stärkung der offenen und weniger reglementierenden Fachstrukturen chancenreich und sinnvoll, wie sie in den Sozialwissenschaften vorliegen. Eventuell könnte ein hochschulisches Engagement als Multiplikator wirken; ebenso mehr Transparenz und Teilhabe an universitären Entscheidungen sowie ein deutlicheres Augenmerk auf deren direkte Bezüge und unmittelbaren Auswirkungen für das Studieren und die Studierenden. Umgekehrt gilt: Das Engagement an hochschulpolitischen Belangen ist eingebettet in das Gesamtfeld der genannten Faktoren. Hierbei sollten auch die Lehramtsstudierenden nicht vergessen werden, deren Aufgabe neben der Vermittlung fachlicher Inhalte auch darin besteht, die nächste Generation politisch und demokratisch zu bilden. Trotz ihrer Relevanz spielt diese studentische Klientel in der einschlägigen Literatur aber erstaunlicherweise selten eine Rolle (vgl. Dippelhofer 2011).

Ein weiterer Schritt betrifft die Einbeziehung der Frauen – stellen sie doch an den Universitäten eine gleich große Gruppe wie die Männer. Es gilt, sie stärker zu ermutigen, aktiv zu werden und ihr vorhandenes Interesse an Hochschulpolitik in Handeln umzusetzen. Die Darstellung und Vertretung ihrer politischen Vorstellungen und Haltungen durch verantwortliche Akteurinnen und Akteure könnte ihre Aufmerksamkeit wecken; dabei sollten allerdings mehr Inhalte – die über die als spezifisch geltende Frauenthemen hinaus gehen (vgl. Ramm/Bargel 2005) – und weniger formale Quotenregelungen zentral sein. Drittens, mit Blick auf die demokratischen Werte, zeigt sich, dass neben der Förderung des politischen Interesses auch die Universität als Institution und Sozialisationsinstanz wirken kann – gerade über die Fachkultur. So könnte eine Transformation sozialwissenschaftlicher Strukturen und Inhalte in andere Fächer – etwa über ein Studium Generale – den demokratischen Überzeugungen dienlich sein. Positiv dürfte zudem eine stärkere hochschulpolitische Teilhabe wirken und diese wiederum befördert die demokratischen Prinzipien der Studierenden. Auch die Studiendauer beeinflusst diese politischen Orientierungen. So wäre kritisch zu hinterfragen, inwieweit ein verkürztes Studium wirklich sinnvoll ist. Ähnliches gilt für den Wandel von den traditionellen zu den neuen Abschlüssen.

Die Befunde bekräftigten die Chancen sowohl insgesamt, als auch jene von Universitäten, Studentinnen und Studenten stärker in das politische bzw. in das hochschulpolitische Geschehen einzubinden und eine von demokratischen Werten überzeugte und überzeugende Funktionselite zu formen. Es sollte aber nicht ausgeschlossen werden, dass die Studierenden eher außeruniversitär aktiv sind, da die aktuellen Hochschulreformen zu einer stärkeren Reglementierung und Verschulung des Studiums führen – dazu gehört auch eine kürzere Studienzeit und die damit verbundene Verengung der humanistischen Bildung zu einer professionellen Ausbildung. Um für Studierende attraktiv und glaubwürdig zu sein, wäre es sicher ein positiver Schritt, zum einen studentische Organe und zum anderen politisches Engagement zu stärken sowie mehr Chancen auf Erfolg einzuräumen. Zudem setzt dies natürlich auch eine ernsthafte studentische Mitwirkung auf den unterschiedlichen hochschulischen und sozialen Ebenen ebenso voraus, wie die Bereitschaft der Politik, sich konstruktiv mit studentischen Belangen auseinander zu setzen.

Trotz teilweise labiler und indifferenter Haltungen zu bestimmten Aspekten und trotz des zurückhaltenden Engagements in den Gruppen und Gremien der Hochschule, bilden das bestehende politische Interesse der Studierenden und ihre grundsätzliche Aufmerksamkeit gegenüber der Hochschulpolitik ein gutes Fundament für das demokratische System. Es wird gestützt von Werten und Orientierungen, die keine Bedrohung für die Demokratie erwarten lassen. Dennoch deuten die Befunde darauf hin, dass es notwendig ist, die politisch-demokratischen Positionen der Studierenden auch künftig nicht aus dem Blick zu verlieren. Es gilt, sie zu fördern und in aktive Partizipation zu überführen – allem voran bei der Hochschul- bzw. Studierendenpolitik. Hierbei sind verschiedene Akteure zentral, dies zu unterstützen. In erster Linie sollte die Politik aufgefordert sein, Strukturen zu schaffen, die eine konstruktive und ernsthafte sowie demokratische und gleichberechtigte Teilnahme an hochschulpolitischen Prozessen ermöglicht. Ist nach Kohlberg (1987) Schule ein Ort, um den Einzelnen zu einem „an der Demokratie aktiv teilnehmende(n) Bürger“ (S. 39) zu bilden, so sollten auch weiterhin Universitäten Chancen eingeräumt werden, dieses sowie das damit verbundene moralische Bewusstsein zu vertiefen bzw. weiterzuentwickeln und damit zur Konstruktion mündiger Bürger beizutragen.

Die Universität und die Studierenden selbst sind aufgefordert, diese Thematik weiterhin auf der Agenda zu halten. Das sollte sich auch darin äußern, die Hochschule zu einem Ort zu gestalten, der die Entwicklung eines demokratischen, kritisch-reflexiven Bewusstseins wieder stärker fördert und fordert. Dabei sollte besonders nachhaltiger die

„Idee der Mündigkeit“ als für die Persönlichkeitsentwicklung bzw. die Ich-Identität zentraler Gegenstand (vgl. Habermas 1976) der inhaltlichen und sozialen Auseinandersetzung sowie der Strukturgestaltung sein. Gerade aus gesellschaftlichem Blickwinkel sollten nicht die vorhandenen Potentiale übersehen werden, anhand derer sowohl eine Stärkung als auch eine Fortentwicklung jener Werte und Normen möglich ist, auf denen die staatliche Ordnung aufgebaut ist Und nicht zuletzt sollte die wissenschaftliche Erkundung dieses Geschehens nicht mehr hinten an stehen.



## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag ist eine überarbeitete und erweiterte Version eines Vortrages der auf dem 400. GEW-Studienseminar zum Thema „Mitbestimmung und Partizipation von Studierenden“ in Frankfurt a.M./Steinbach Ts. (4.-6. Mai 2012) gehalten wurde.
- 2 Präsentiert werden gerundete %-Werte und Mediane; alle Berechnungen beziehen sich auf jene Personen, die Angaben gemacht haben. Als Maßzahlen der bivariaten Zusammenhänge wird bei ordinal skalierten Variablen der Assoziationskoeffizient Gamma herangezogen, bei Summenskalen die Produkt-Moment-Korrelation.
- 3 Der Summenscore „Interesse“ umfasst das Interesse an „allgemeinpolitischen Geschehnissen“, „Studierendenpolitik“, „Hochschulpolitik“; Variablenausprägung: 0 = gar nicht interessiert, 18 = stark interessiert. Der Median liegt bei 9,3.
- 4 Der Summenscore „Engagement“ umfasst alle hochschulischen Aktivitätsmöglichkeiten; 9 = kein Interesse, 45 = habe ein Amt/eine Funktion inne.
- 5 Der Median des Summenscores „Engagement“ liegt bei 14,7.
- 6 Streng genommen werden bivariate Beziehungen zwischen den Variablen berechnet, keine Ursache-Wirkung-Kausalität. Gleichwohl deuten die Formulierungen bereits die hypothetischen Richtungen der Regressionsmodelle an.
- 7 Die Variable „Bildungsherkunft“ generiert sich aus dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern: Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Abitur, Hochschulabschluss.
- 8 Präsentiert wird jeweils jenes Modell, das unter Einbeziehung der im bivariaten Vergleich als signifikant ermittelten unabhängigen Variablen die höchste Varianzaufklärung erreicht. Berechnet werden lineare Regressionen, die nominal skalierten Prädiktoren sind dummysiert. Da die Variable „Interesse an allgemeinpolitischen Geschehnissen“ am ausgeprägtesten ist, wird diese als Einzelvariable in die Regression einbezogen und nicht der Summenscore „Politisches Interesse“ verwendet.



## Literatur

- Adam, H. (1965): Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt a.M.
- Bargel, T./Sandberger, J.-U. (1981): Politisches Interesse, Beteiligung und Kompetenzbewußtsein. In: Framhein, G./Bargel, T./Dippelhofer-Stiem, B./Peisert, H./Sandberger, J.-U. (Hrsg.): Studium und Hochschulpolitik. Eine Untersuchung über Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studenten. Zentrum I Bildungsforschung. SFB 23. Forschungsgruppe Hochschulsozialisation. Konstanz, S. 136-205.
- Bargel, T. (1994): Student und Politik im vereinten Deutschland. Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Reihe Bildung – Wissenschaft – Aktuell 3/94. Bonn.
- Bargel, T./Simeaner, H. (2011): Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden - Online-Erhebung im Rahmen des Studierendensurveys im Sommer 2010 (Heft 63). Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, April 2011.
- Brämer, R./Heublein, U. (1990): Studenten in der Wende? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). B 44/90, 2-16.
- Brämer, R. (1993): Studis im Vakuum – Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend. WSI Mitteilungen. 4/93, S. 194-201.
- Dahrendorf, R. (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- dapd (2012): Opposition unterstützt CSU-Vorstoß für bundesweite Volksentscheide; <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Opposition-unterstuetzt-CSU-Vorstosz-fuer-bundesweite-Volksentscheide-artikel7922523.php>
- Deichsel, A./Helfen, P./Laga, G./Laga, I./Tiemann, W./Wittern, J. (1974): Politische Sozialisation von Studenten. Sozialforschung und Gesellschaftspolitik. Band 3. Stuttgart.
- Dippelhofer, S. (2004): Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik. Sekundär-analytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys (Heft 41). Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Mai 2004.
- Dippelhofer, S. (2008): Studierende und Demokratie – ein ambivalentes Verhältnis? Theoretische und empirische Analysen. Berlin.
- Dippelhofer, S. (2011): Politisch-demokratische Orientierungen von Lehramtsstudierenden. Empirische Hinweise aus zwei Erhebungen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 6, 1, S. 45-56.
- Dippelhofer, S. (2012): Students' political and democratic orientations in a long term view. Empirical findings from a cross-sectional Germany survey. Gießener Beiträge zur Bildungsforschung. Heft 1, April 2012.
- Firlus, T. (2012): Politiker fordern Volksentscheid auf Bundesebene; <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/mitbestimmung-politiker-fordern-volksentscheid-auf-bundesebene/5243450.html>
- Gerhardt, U. (2005): Soziologie der Stunde Null Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944. Frankfurt a.M.
- Gholamasad, D. (2001): Zum Umbruch im nachrevolutionären Iran. Orient. Zeitschrift des deutschen Orient-Instituts. 42. Jahrgang. Heft 4. Opladen, S. 617-638.
- Habermas, J./Friedeburg, L./Oehler, C./Weltz, F.: Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Neuwied a.R. 1967. 2. Auflage.
- Habermas, J. (1976): Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus. Frankfurt.
- Hartmann, M. (2004): Elitesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a.M.
- Jaraus, K. H. (1984): Deutsche Studierende 1800-1970. Frankfurt.

- Kaase, M. (1971): Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wildenmann, R. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Band 2. München, S. 119-328.
- Kohlberg, L. (1987): Moralische Entwicklung und demokratische Erziehung. In: Lind, G./Raschert, J. (Hrsg.): Moralische Urteilsfähigkeit. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg über Moral, Erziehung und Demokratie. Weinheim, S.25-43.
- Merkel, A. (2012): Wir sind ein Land, eine Gesellschaft. Zugriff am 11.05.2012 unter: <http://m.faz.net/aktuell/politik/die-rede-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-wir-sind-ein-land-eine-gesellschaft-11660088.html>
- Müntefering, F. (2005): „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit.“ Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering auf dem 3. Programmforum der SPD am Mittwoch, den 13. April 2005. Willy-Brandt-Haus. Berlin 2005. [http://www2.spdlinke.de/uploads/0068\\_05.04.13\\_muentefering\\_programmforum.pdf](http://www2.spdlinke.de/uploads/0068_05.04.13_muentefering_programmforum.pdf)
- Offe, C. (1996): Bewährungsproben. Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin, S. 141-157.
- Phillips, D. (1995): Pragmatismus und Idealismus. Das „blaue Gutachten“ und die britische Hochschulpolitik in Deutschland 1948. Köln.
- Probst, Stefan: Die Uni – Von der Ideenfabrik der Herrschenden zum Zentrum des Widerstandes. In: Linkswende. Vom Antikapitalismus zur Revolution. Nr. 73 1. Oktober 2003. Wien 2003. S. 3.
- Ramm, M./Bargel, T. (2005): Frauen im Studium. Langzeitstudie 1983-2004. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin.
- Ramm, M./Multrus, F./Bargel, T. (2011): Studiensituation und studentische Orientierungen. 11. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Langfassung. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin.
- Rousseau, J.-J. (1977): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart.
- Simeaner, H./Ramm, M./Kolbert-Ramm, C. (2010): Datenalmanach Studierendensurvey 1993-2010. Studiensituation und Studierende an Universitäten und Fachhochschulen. (Heft 59). Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, November 2010.
- Tocqueville, A. (1985): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.
- Wellie, B. (1996): Hochschule als Arbeitsplatz und politischer Lebensraum – zur Sozialisationsrelevanz der akademischen Freiheit. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen, S. 219-229.
- Zimmer, A. (1996): Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive. Opladen.

## Anhang

Tabelle A1  
Strukturelle Zusammenhänge zwischen den Variablen des politischen Interesses.  
Studierenden an Universitäten 2010.  
Assoziationskoeffizient Gamma (N=6117)

Interesse an ...	1	2	3
1 allgemeinpolitisches Geschehen	1.00		
2 studentische Politik	.41	1.00	
3 hochschulpolitischen Fragen und Entwicklungen	.44	.75	1.00

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Tabelle A2  
Strukturelle Zusammenhänge zwischen den Variablen des hochschulpolitischen Engagements. Studierende an Universitäten 2010.  
Assoziationskoeffizient Gamma (N=6117)

Interesse und Teilnahme an ...	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1 Fachschaften	1.00								
2 studentische Selbstverwaltung	.71	1.00							
3 offizielle Selbstverwaltung	.63	.82	1.00						
4 politische Studentenvereinigung	.45	.65	.67	1.00					
5 informelle Aktionsgruppen	.42	.55	.52	.68	1.00				
6 Studentenverbindungen	.20	.27	.31	.41	.44	1.00			
7 Studentengemeinde	.31	.36	.39	.42	.46	.65	1.00		
8 Studentensport	.20	.18	.12	.13	.19	.12	.22	1.00	
9 kulturelle/musische Gruppen	.27	.32	.29	.30	.33	.17	.30	.40	1.00

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Tabelle A3

Strukturelle Zusammenhänge zwischen den Variablen der „Aufgaben für studentische Vertretungen“. Studierende an Universitäten 2010.  
Assoziationskoeffizient Gamma (N= 6117)

Aufgaben für studentische Vertretungen ...	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1 Studienberatung/Studienhilfe	1.00									
2 an Prüfungsbedingungen/Lehrinhalten mit- arbeiten	.29	1.00								
3 interne Hochschulpolitik/Beeinflussung der Hochschulpolitik	.18	.37	1.00							
4 politische Vertretung nach außen	.07	.16	.59	1.00						
5 soziale Fragen (Kontaktförderung, Woh- nungssuche etc.)	.26	.00	.11	.23	1.00					
6 kulturelle Belange (Theater, Konzerte etc.)	.15	.00	.07	.20	.54	1.00				
7 bessere Studienbedingungen	.22	.40	.54	.32	.12	.07	1.00			
8 Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule abschaffen	.16	.11	.23	.27	.22	.22	.28	1.00		
9 Verbesserung der Qualität der Lehre	.16	.42	.32	.20	.04	.02	.59	.29	1.00	
10 Unterstützung ausländischer Studierender	.27	.05	.20	.22	.42	.36	.19	.46	.22	1.00

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Tabelle A4

Strukturelle Zusammenhänge zwischen politischem Interesse, hochschulischem Engagement und Aufgaben der studentischen Politik. Studierende an Universitäten 2010. Produkt-Moment-Korrelationen (N=6117)

Interesse an ...	1	2	3
1 Summenscore politisches Interesse <sup>a)</sup>	1.00		
2 Summenscore Engagement <sup>b)</sup>	.42	1.00	
3 Summenscore Aufgaben <sup>c)</sup>	.31	.26	1.00

a) Variablenausprägung: 0 = gar nicht interessiert, 18 = stark interessiert

b) Variablenausprägung: 9 = kein Interesse, 45 = habe ein Amt/eine Funktion inne

c) Variablenausprägung: 10 = gar nicht, 40 = dringlich

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

Tabelle A5

Strukturelle Zusammenhänge zwischen der Akzeptanz demokratischer Prinzipien, politischem Interesse und hochschulischem Engagement. Studierende an Universitäten 2010.

Produkt-Moment-Korrelationen (N=6117)

	1	2	3
1 Demokratische Prinzipien <sup>a)</sup>	1.00		
2 Summenscore Interesse <sup>b)</sup>	-.24	1.00	
3 Summenscore Engagement <sup>c)</sup>	-.13	.42	1.00

a) Variablenausprägung: 1 = vehement demokratisch, 2 = eindeutig demokratisch, 3 = labil demokratisch, 4 = schwach demokratisch, 5 = tendenziell undemokratisch, 6 = stark undemokratisch

b) Variablenausprägung: 0 = gar nicht interessiert, 18 = stark interessiert

c) Variablenausprägung: 9 = kein Interesse, 45 = habe ein Amt/eine Funktion inne

Quelle: Studierendensurvey 1983-2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

## **Gießener Beiträge zur Bildungsforschung**

Bisher erschienen:

- Heft 1 Sebastian Dippelhofer: Students' Political and Democratic Orientations in a Long Term View. Empirical Findings from a Cross-Sectional German Survey
- Heft 2 Sebastian Dippelhofer: Politische Orientierungen und hochschulpolitische Partizipation von Studierenden. Empirische Analysen auf Grundlage des Konstanzer Studierendensurveys

In Vorbereitung:

Sabine Maschke/Stephan Kielblock: Der Museumsbesuch als bildende Erfahrung? Kulturelle Bildung und ihre Zugangs- und Aneignungsmöglichkeiten im Jugendalter (Arbeitstitel)

Bianka Kaufmann/Katrin Knoll/Amina Fraij: Studienqualität nach Bologna – Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung der erziehungswissenschaftlichen Studiengänge BA/MA Außerschulische Bildung und Diplom Erziehungswissenschaft (VerS) an der JLU Gießen (Arbeitstitel)



